



**FREIE WÄHLER  
PIRATEN**  
Gruppe im  
Kreistag Rhein-Sieg

**DIE LINKE.**  
**Kreistagsfraktion  
Rhein-Sieg**

Rhein-Sieg-Kreis  
Landrat Sebastian Schuster  
Kaiser-Wilhelm-Platz 1  
53721 Siegburg



AVZ / 0064 / 17

**Michael Otter**  
Fraktionsvorsitzender  
Mühlenstr. 46  
53721 Siegburg  
Telefon 02241 / 1694865  
[michael@otter-depiereux.de](mailto:michael@otter-depiereux.de)  
[www.dielinke-rhein-sieg.de](http://www.dielinke-rhein-sieg.de)

Troisdorf, den 01.03.2017

**Antrag: Bewerbung des Rhein-Sieg-Kreises als Modelllandkreis für das Pilotprojekt "Modellkommune Open Government"**

Sehr geehrter Herr Landrat Schuster,

den folgenden Antrag bitten wir, die Fraktion DIE LINKE und die Gruppe FUW-PIRATEN, auf die Tagesordnung der Sitzung des Kreisausschusses sowie des Kreistages am 04.04.2017 zu setzen:

**Bewerbung des Rhein-Sieg-Kreises als Modelllandkreis für das Pilotprojekt "Modellkommune Open Government"**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rhein-Sieg-Kreis bewirbt sich bis zum 21.04.2017 als Modelllandkreis für das Pilotprojekt "Modellkommune Open Government".

## **Erläuterung zum Pilotprojekt:**

Das Bundesministerium des Innern hat am 13.02.2017 gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden - dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund - das Pilotvorhaben „Modellkommune Open Government“ gestartet.

Die Erläuterung im Folgenden ist auch Nachzulesen unter :  
<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2017/02/start-ogp-wettbewerb.html>

Mit dem Projekt werden neun Modellkommunen mit je 50.000 € bei der Konzipierung und Umsetzung von Open Government-Maßnahmen unterstützt. Bewerben können sich alle Städte und Gemeinden sowie alle Landkreise. Die Auswahl der Modellkommunen erfolgt durch eine Jury. Ziel der Initiatoren ist es, über den Wettbewerb voneinander zu lernen, wie kommunales Open Government effizient und mit hohem gesellschaftlichem Nutzen eingesetzt werden kann. Es gibt bereits zahlreiche gute Beispiele in den Städten und Gemeinden, die durch den Wettbewerb stärker gefördert werden sollen. Hierzu zählen unter anderem Bürgerhaushalte, Konsultationen im Rahmen der Stadtplanung oder Ideensammlungen bei konkreten kommunalen Projekten.

"Open Government als offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln hat ohne Zweifel einen starken kommunalen Bezug. Die Bürgerbeteiligung als wesentlicher Teilaspekt hat dabei eine lange kommunale Tradition. Mit den Möglichkeiten moderner Informationstechnologie können wir weit mehr Menschen erreichen und so in den Beteiligungsprozess einbeziehen als beispielsweise mit der klassischen Gemeindefrauentagung. Deshalb werbe ich für mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und Partizipation in Bund, Ländern und Kommunen und hoffe auf eine rege Teilnahme an unserem Pilotprojekt. Wir zählen auf großartige Ideen und wertvolle Erfahrungen unserer zahlreichen Kommunen!", so IT-Staatssekretär Klaus Vitt zum Start des Modellvorhabens. Als Ergebnis des Projekts soll eine konkrete Handlungsanleitung für eine effiziente und IT-gestützte Umsetzung von Open Government entstehen. Die Vernetzung der Kommunen und eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit sollen Synergien erzeugen, die über die am Modellvorhaben beteiligten Kommunen hinausgehen.

Das Projekt wird auch vor dem Hintergrund der deutschen Teilnahme an der Open Government Partnership (OGP)  
<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/12/bekanntgabe-der-teilnahme-an-open-government-partnership.html>. Die Open Government Partnership (OGP) ist eine internationale Initiative von 75 Staaten zur Förderung von offenem Regierungs- und Verwaltungshandeln. Alle zwei Jahre werden dafür nationale Aktionspläne in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft entwickelt. Das Pilotprojekt dient auch dazu, die gewonnenen Ideen und Erfahrungen der Modellkommunen zu nutzen und daraus neue Impulse für künftige Aktionspläne der OGP zu generieren.

### **Begründung:**

Dieser Antrag ist nicht nur ein weiterer Schritt auf dem Weg zu mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz, sondern steht auch sukzessive zu unserem Antrag „Open Data“ vom 02.06.2016. Im Personalausschuss am 07.09.2016 wurde beschlossen, im Rahmen des „Open Government Pakt für NRW“ die Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Open Government, also auch von Open Data anzustreben.

Ergänzend zur Beschlussvorlage der Verwaltung, in der es heißt: „Die Verwaltung wird dann berichten, inwiefern ein Open Data-Portal beim Rhein-Sieg Kreis realisierbar ist und mit welchen Sach- und Personalkosten dies verbunden ist.“, betonte Herr Becker in der Sitzung „... es sei klargestellt, dass dies nichts sei, was mit Haushaltsmitteln begleitet würde.“

Wenn die Wahl der Jury auf den Rhein-Sieg Kreis fallen würde, entstünden für den Rhein-Sieg Kreis gar keine Kosten, denn mit den 50.000 Euro ließen sich sowohl Open Data, als auch zusätzlich andere Aspekte des E-Governments realisieren.

Die Mitgliedschaft Deutschlands in der Open Government Partnership (OGP) kam übrigens durch eine Bundesratsinitiative des Landes NRW zustande, die auf dem Antrag „Forderung nach dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur internationalen Initiative Open Government Partnership“ der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 16/4437, vom 19.11.2013 basiert.

(<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-4437.pdf>)

Dank eines Antrags der Piratenfraktion NRW (<https://www.piratenfraktion-nrw.de/wp-content/uploads/2015/03/2015-03-09-Live-Streaming-Antrag.pdf>) werden Plenarsitzungen, öffentliche Anhörungen der Ausschüsse und Enquetekommissionen live im Internet übertragen und archiviert, so dass man diesen Antrag und die darauf folgenden Statements der anderen Landtagsfraktionen heute noch anschauen kann: <https://www.youtube.com/watch?v=uTWGtEdLB-s>

Mit freundlichen Grüßen

Anja Moersch



Maria- Luise Streng



Frank Kemper

